

# Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 19

05.05. bis 10.05.2025

# „Wir alle zahlen die Preise für

# Sünden von gestern“

80.000 Einfamilienhäuser mit jeweils 400 m<sup>2</sup> Grund oder Wohnungen für 190.000 neue Einwohner könnten auf bereits gewidmetem Bauland in Tirol errichtet werden: Der Landtag diskutierte spannende Details zum Wohnen.

**B**ausperren über 78 private Grundstücke sorgten in den vergangenen Wochen in Innsbruck für viel Diskussionsstoff und auch für viel Verunsicherung bei Eigentümern: FPÖ-Chef Markus Abwerzger brachte das heikle Thema nun in den Landtag. Er höre immer mehr klassenkämpferische Töne, „was aber kein Wunder ist bei einem Kommunisten als Finanzminister“. Es handle sich bei den Vorbehaltsflächen um Quasi-Enteignungen. „Ich hoffe, dass der Verfassungsgerichtshof diesem Spuk ein Ende bereitet“, sagte Abwerzger. Das Vorhaben der „linken Innsbrucker Stadtregierung“ sei eindeutig ideologisch motiviert und dem Zuzug aus Drittstaaten geschuldet. „Die Volkszählung 2012 ergab 122.458 Einwohner in Innsbruck, davon 103.891 Österreicher. 2024 sind es 132.000 Einwohner, davon 90.632 Österreicher. Uns ist das offenbar als einzige Partei nicht egal. Der Bevölkerungsaustausch ist mit Zahlen belegt. Innsbruck hat keinen Wohnungs-, sondern einen Migrationsnotstand“, sagte Ab-



LA Haslwagner hatte seine Not mit so mancher konträren Meinung, aber auch FP-Chef Markus Abwerzger polarisierte.

**Bei Umwidmungen verzehnfachen sich die Werte. Die Gemeinschaft hat den Wert geschaffen, nicht der Eigentümer.**



SPO-LA und BM Lienz, Elisabeth Blanik (SPO).

werzger. Die Debatte, die viel Raum für Ideologie und Emotionen, aber auch für Fakten bot, war eröffnet. Innsbruck ist mit seinem Problem nicht allein, es gibt 148 Vorbehaltsgemeinden, in denen der Wohndruck be-

**Es gibt Eingriffe ins Eigentum, nur müssen die sozial verträglich sein. Gespräche mit Eigentümern sind notwendig.**



Raumordnungs-LR LHStv. Josef Geisler (ÖVP)

sonders hoch ist, erläuterte LHStv. Josef Geisler. Er befüllte Gespräche mit Eigentümern, auch wenn diese nicht immer einfach zu führen seien. Dass diese erst nach Verhängung der Bausperre gestartet wurden, be-

zeichnete Liste-Fritz-LA Markus Sint als „Schönheitsfehler“. Nicht nur für ihn sind die hohen Tiroler Wohnpreise eine „Folge verfehlter Grund- und Bodenpolitik der ÖVP“. Auf 33 Millionen Quadratmetern gewidmetem Bauland aus vergangenen Jahrzehnten könne man Wohnraum für 190.000 zusätzliche Tirolerinnen und Tiroler schaffen.

Der ehemalige ÖVP-Stadtparteichef (2019-2023) LA Christoph Appler berichtete, dass die Stadt Innsbruck seit 25 Jahren eine rigorose Vertragsraumordnung anwendet. Für 22% aller Wohnungen habe die Stadt das Vergaberecht. 2300 geförderte Wohnungen wurden zwischen 2012 und 2023 neu errichtet und übergeben, weitere 1400 bis 1700 Einheiten seien bereits bewilligt bzw. in Bau. „Das jetzige Vorhaben in Innsbruck erachte ich für nicht zielführend. Wir sprechen hier von maximal 320 Wohnungen, die auf den Vorbehaltsflächen möglich sind.“

VP-LA Dominik Mainusch sagte, es gebe Wohnraum zur Genüge: „Wir bauen in Tirol jedes Jahr 6000 neue Wohnungen. Unser Problem ist der Leerstand von 100.000 Einheiten. Tiroler Wohnraum für Tiroler Bürger, das ist unser Handlungsfeld.“ Philipp Neuner



Die Bausperren über 78 Grundstücke von 26 Eigentümern in Innsbruck im Ausmaß von rund 100.000 Quadratmetern waren gestern Thema einer emotionalen Landtagssitzung.

ANZEIGE



Energie für morgen –

# Bauland-Debatte: Mobilisiert werden nur die Emotionen

Wenn Innsbruck Bausperren verhängt, läuten bei der FP die Enteignungsglocken. Für die Opposition ist es bei Wohnungspreisen längst 5 nach 12.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Neues hat der Tiroler Landtag am Donnerstag zu Sitzungsbeginn kaum zu bieten. Trotz „Aktueller Stunde“. Eher wird eine Debatte mit viel Emotion erneut angeheizt, als FP-Frontmann und Themensetzer Markus Abwerzger sich zum Rednerpult schwingt. Von dort geißelt er die jüngsten Bausperren in der Landeshauptstadt, spricht von einer „Quasi-Enteignung“ und wertet als Folge der behaupteten fehlgeleiteten Wohnbaupolitik Innsbrucks gegen einen drohenden „Bevölkerungsaustausch“.

Zum x-ten Mal steht die Boden- und Raumordnungspolitik im Land auf dem politischen Prüfstand. Anlassfall sind besagte Bausperren, welche Innsbrucks Bürgermeister Johannes Anzengruber und eine große Mehrheit im Gemeinderat über 23 Flächen (80 Grundstücke) verhängt haben. Allesamt seit Jahr(zehnten) gewidmetes Bauland, das ebenso lang auf eine Bebauung wartet. Oder bewusst gehortet wird. Darauf, so der Plan, sollen Vorbehaltsflächen für geförderten Wohnbau ausgewiesen werden. Bis zu 50 Prozent.

Die ÖVP agiert im verbalen Inflight mit der Opposition jedoch wie auf rohen Eiern. Das wundert freilich kaum. Im Innsbrucker Gemeinderat hatte man sich bei den Bausperren der Stimme enthalten. Weil Anzengruber das umstrittene Raumplanungsinstrument angewandt hatte und erst hernach das Gespräch mit den Eigentümern suchte. Nicht zuletzt das Stift Wilten (die *TT* berichtete) spricht deshalb von einem „unfreundlichen Akt“. Verteufeln kann und will die VP die Vorbehaltsflächen aber auch wieder nicht. Wurden sie doch unter ihrer Politführung im Land eingeführt. Und so kehrt Raumordnungs- und Grundverkehrsreferent Josef Geisler auch eine Art



Von oben wirkt auch eine Stadt wie Innsbruck dicht bebaut. Dennoch findet man hier Bauland, das brachliegt. Ebenso wie Flächen, die einer dichteren Verbauung zuträglich wären. Die Politik ist gefordert. Foto: Fak

Pragmatismus im Umgang mit diesem Instrumentarien-Katalog hervor. Zugleich stellt Abgeordneter Dominik Malnusch aber klar, dass der VP-

Fokus landauf, landab zuerst auf dem Wohnungsleerstand ruhen und erst als Zweites in der Baulandmobilisierung liegen müsse.

Dass die Preisexplosion dem Grundrecht Wohnen in Tirol längst den Saft abgedreht hat, streicht Grünen-Klubobmann Gebi Mair hervor. Dem schwarzen Leerstandskampf hält er entgegen, dass just die VP die Abgabepflicht mit der neuesten Novelle abgeschafft habe. Freilich: Auch die Grünen gehen nicht mit schlanken Füße aus der Debatte – wo sie doch selbst in Innsbruck über Jahre die Stadtplanung politisch zu verantworten hatten. Und weiter haben.

## Öffentlichkeit schafft Werte

Während die Liste Fritz auf eine Vorbehaltsflächen-Pflicht drängt, rückt Elisabeth Blank (SP) den Enteignungsvorwurf zurecht. Bausperren und Vorbehaltsflächen würden lediglich den Widmungsgewinn schmälern. Ein Gewinn für den Einzelnen, der erst durch einen Akt der Öffentlichkeit (Gemeinderatsbeschluss) zustande kommen kann.

## Die provokantesten Landtags-Sager

**Markus Abwerzger (FPÖ):** „Die ÖVP lässt diese linkslinken Gesellschaftspolitik zu. Aber das braucht einen bei einem Kommunisten als Finanzminister und einem Kommunisten als Vizekanzler im Bund auch nicht wunden.“

**Josef Geisler (LHStv. für Grundverkehr und Raumordnung; ÖVP):** „Tirol war in der Raumordnung immer das Vorzeigeland.“

**Elisabeth Blanik (Landtagsvizepräsidentin, SPÖ):** „Das ist kein Angriff auf das Eigentum, sondern ein Aufruf zur Sozialpflichtigkeit.“

**Markus Sint (Liste Fritz):** „Dass die Stadt Innsbruck hier nicht zuerst das Gespräch gesucht hat, ist ein Schönheitsfehler.“

**Gebi Mair (Grüne):** „Wohnen muss ein jeder – aber nicht ein jeder muss auch Bauland horten.“

**Jakob Wolf (ÖVP):** „Wieso wird nicht mehr in die Höhe gebaut? Die Stadtplanung in Innsbruck ist viel zu gewichtig.“

**Susanna Riedlsperger (NEOS):** „Eine Bausperre ist etwas anderes als ein Gesprächsstart.“

# Land strebt einheitliche Tarife an

Kinderbetreuung kostet Eltern in den Gemeinden derzeit unterschiedlich viel

**D**as Recht auf Kinderbildung und -betreuung soll bis spätestens zur planmäßig 2027 stattfindenden Landtagswahl umgesetzt sein. Die dafür zuständige Bildungs-LR Cornelia Hagele ist zuversichtlich, dass sich das ausgerechnet – obwohl die Opposition im Landtag bislang noch keinerlei Fortschritte ausmachen konnte. „Von einer Vermittlung eines Betreuungsplatzes fehlt jede Spur. Jetzt droht sogar eine Verbitterung der Eltern, denn die Kinderbetreuung könnte in manchen Orten teurer und weniger werden“, zeigte die Grüne LA Zeliha Arslan in der Fragestunde auf.

„Alles wird sofort schlechtgeredet von der Opposition. Das ist weder fair noch richtig“, kontierte

**Leistbar ist ein dehnbarer Begriff. Leistbarkeit im Denken der Menschen geht zwischen 100 und 300 Euro hin und her.**

Bildungs-LR Cornelia Hagele (ÖVP)



Foto: Christian Baur

Hagele gestern. Gemeinden könnten Gratis-Angebote weiterhin beibehalten. Man wolle ein leistbares Angebot schaffen, „es ist aber nicht kostenfrei“. Ziel sei eine Harmonisierung der Tarife. Für einige könnte es teurer werden, für andere „viel billiger“. Als geeigneten Tarif nannte Hagele rund einen Euro pro Betreuungsstunde.



Foto: Christian Baur

Weil die Vormittage in Kindergärten kostenlos sind, seien nur Nachmittage zu bezahlen. Hier rechnet Hagele mit Kosten zwischen 50 und 100 Euro bei 40 Stunden Betreuung. Anders sei es im Kinderkrippenbereich, wo auch der Vormittag zu bezahlen ist. „Da sind wir in vielen Gemeinden aber schon jetzt teurer.“ Auf die Gemeinden

kommen ebenfalls Kosten zu: Ein Kinderkrippenplatz kostet statistisch gesehen 12.850 €, ein Platz im Kindergarten 6800 € und im Hort 6750 €. „Ein Ausbau der Kinderbetreuung in Tirol bleibt trotz leicht sinkender Geburtenzahlen dringend notwendig“, betonte Hagele. Mehr als 42.000 Kinder wurden 2023/24 in Betreuungsein-

richtungen versorgt – so viele wie noch nie. Besonders bei den unter 2-Jährigen wachse die Zahl stark. 6460 Personen seien in diesem Bereich tätig. „Kinderbetreuung darf für Eltern und Gemeinden nicht zur Kostenfalle werden“, warnte die Liste Fritz. „Statt Verbesserungen rollt eine Belastungswelle auf die Eltern zu“, so die Grünen. phil

# Das große Feilschen um den Einheitstarif in der Betreuung

1,05 Euro pro Stunde: Das ist das Angebot des Landes an die Gemeinden für die Tarifierharmonisierung in der Kinderbetreuung. Noch wird verhandelt.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Schwarz-Rot spricht weiter von einem Leuchtturmprojekt, die Opposition von einem Vorhaben, das auch eineinhalb Jahre nach seinem Grundsatzbeschluss noch nicht der Ankündigungsphase entwachsen sei: Die Rede ist vom „Rechtsanspruch auf Vermittlung eines Kinderbetreuungsplatzes“.

Im Landtag verteidigte Bildungslandesrätin Cornelia Hagele (VP) am Mittwoch vehement das Projekt. Im Kern kreiste die teils emotionale Debatte freilich um dessen Finanzierung. Also auch um die Frage, wie hoch denn nun der bis dato unter Verschluss gehaltene Einheitstarif des Landes für die öffentlichen Einrichtungen (Krippe, Kindergarten, Hort) ausfallen werde. Zur Überraschung gab Hagele dann auch den aktuellen Vorschlag preis: 1,05 Euro pro Betreuungsstunde – betriebsübergreifend. Daraus würde sich bei voller Betreuung (40 Wochenstunden) laut Hageles Eigen-Rechnung ein Elternbeitrag „zwischen 50 und 100 Euro im Monat ausgeben“. Dies allerdings nur unter der Einrechnung, dass das zweite und dritte Kindergartenjahr aktuell bereits im Ausmaß von 20 Stunden/Woche kostenlos ist (Bund, Land). Und: Die 1,05 Euro sind nur die Ausgangsbasis für die Verhandlungen des Landes mit den Gemeinden und den (privaten) Betreibern.

Hagele will, wie berichtet, bis zum Start der ersten sechs Pilotregionen im Herbst eine Tarif-Einigung erzielen. Das große Feilschen ist damit eröffnet. Die Tarifdebatte



Die ÖVP mit Bildungslandesrätin Cornelia Hagele (r.) an der Front will sich das Rechtsanspruchsmodell nicht von der Opposition madig machen lassen. Dass noch viel zu klären ist, muss aber auch sie zugeben. Foto: Mitterwachauer

„Der Bedarf an Kinderbetreuung sinkt, das Land baut aber aus: Das Projekt ist nicht geeignet.“

Gudrun Kofler  
(FP-Familiensprecherin)

te wird diffizil. Geht es doch nicht nur um die Elternbeiträge, sondern auch um jene Ausgleichstarife, die unter den Gemeinden (oder für die privaten Einrichtungen) fällig werden, sofern kein Platz in der Hauptwohnsitzgemeinde oder öffentlichen Einrichtung vermittelbar ist. Die Spanne der Jahreskosten pro Platz für die öffentliche Hand reicht laut Landeserhebung von 6750 € (Hort) und 6800 € (Kindergarten) bis hin zu 12.850 € (Krippe). Mit dem aktuellen Tarifvorschlag des Landes sind einige Bürgermeister nicht d'accord. Derart sei der Rechtsanspruch

finanziell nicht zu stemmen, heißt es. Im Gemeindeverband schlägt diese Kritik auf.

Hagele betonte im Landtag, dass es bei den Tarifen einen Kompromiss benötigen werde. Eine Ausdehnung der Gratisbetreuung auf Kosten des Landesbudgets lehnt sie weiter ab – Gemeinden stünde es aber frei, selbige aus eigener Tasche zu begleichen. Grünen-Abgeordnete Zeliha Arslan befürchtet, dass Tirol letztlich bei einem Eltern-Einheitstarif von 200 € im Monat landen werde. Aus Sicht der Landesrätin „sind 200 Euro leistbar, wenn jemand Vollzeit arbeiten geht“.

Während die FP den Rechtsanspruch generell scheitern sieht und auf die „Betreuungsprämie zuhause“ pocht, stellt Liste-Fritz-Chefin Andrea Haselwanter-Schneider klar, dass das Land die Gemeinden finanziell mehr unterstützen müsse.

## Fakten

**Ausbau Personal:** Laut Auskunft des Landes wurden seit dem Jahr 2020/21 in Summe 1221 neue Fachkräfte in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten aufgenommen. Somit stieg die Gesamtzahl des Betreuungspersonals auf 6460 Personen.

**Ausbau Einrichtungen:** Hinsichtlich der Infrastruktur wuchs die Anzahl der Einrichtungen von 877 (2020/21) auf 933 (2024/25).

**Vereinbarkeit Familie/Beruf (VIF):** 52,8 Prozent der 0–2-Jährigen und 52,7% der 3–5-Jährigen betreuen Kinder werden aktuell in VIF-konformen Einrichtungen (mind. 47 Öffnungswochen/Jahr; mind. 45 Stunden/Woche offen) betreut.

„Derzeit ist das Projekt nichts anderes, als dass die Anmeldelisten digitalisiert werden sollen.“

Zeliha Arslan  
(Landtagsabgeordnete, Grüne)

# Andere Ansätze

## Kritik an Wasser-Kanal-Mindestpauschale in St. Anton

(dgh) Wasser- und Kanalgebührenpauschalen rufen die Liste Fritz auf den Plan. Anlass ist das Beispiel St. Anton, wo es diesbezüglich Kritik von Gemeinderätin Bettina Tschol gibt. Der Bürgermeister erklärt den Ansatz, den St. Anton gewählt hat.

Der Kubikmeter Wasser kostet, wenn er in St. Anton aus der Leitung fließt, 1,36 Euro, wenn er im dortigen Kanalnetz verschwindet, dann 3,58 Euro (jeweils brutto). Wenn man wie z. B. Bettina Tschol (Gemeinderätin der Liste „Leben in St. Anton – LISTA“) als Stewardess in Deutschland arbeitet, also nicht immer zu Hause ist und daher nur 22 Kubikmeter im Jahr verbraucht, sollte die Wasser-Kanal-Rechnung also rund 110 Euro ausmachen. Zu bezahlen hatte sie aber rund 500 Euro. Zu erklären ist dies mit der Minimumpauschale, die die Gemeinde St. Anton verrechnet: 100 Kubikmeter (wer mehr als diese 100 braucht, bezahlt auch mehr – in Österreich wird mit rund 50 Kubikme-

tern pro Person und Jahr gerechnet). Auch Ex-GR Hermann Strolz kennt einen ähnlichen Fall und meint: „Wassersparen wird nicht gefördert, wenn man 26 Kubikmeter braucht, aber 100 bezahlt.“ Bettina Tschol, die im Gemeinderat gegen diese Gebühren gestimmt hat, meint: „Das ist gegenüber Alleinstehenden oder älteren Menschen unfair, unsozial und ungerecht. Zudem widerspricht es auch dem grundsätzlichen Prinzip von Gebühren – bezahlt werden soll das, was verbraucht wird.“ Und es sei auch keine Gleichbehandlung gegeben, da viele Haushalte in Wohnanlagen gar nicht einzeln erfasst seien und die 100-Kubikmeter-Pauschale daher für die gesamte Anlage gelte.



GR Bettina Tschol und LA Markus Sint kritisieren u. a. die 100 Kubikmeter Wasser-Mindestpauschale in St. Anton. Foto: HAUSS



Bgm. Helmut Mall: „Wenn es jemand braucht, kann er jederzeit zur Gemeinde kommen.“ RIS-Foto: Arzth

**MINDESTABNAHMEPAUSCHALEN MÖGLICH.** LA Markus Sint von der Liste Fritz springt Tschol und Strolz zur Seite: „Wie viel Tirols Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger für Wasser bezahlen müssen, hängt stark davon ab, in welcher Gemeinde sie leben. Viele Gemeinden rechnen nach tatsächlichem Verbrauch ab, einige verlangen eine niedrige Pauschale, andere, und hier vor allem Tourismusgemeinden, setzen pauschale Mindestmengen an, die deutlich über dem Durchschnittsverbrauch liegen.“ Im Kitzbühler hätten die Einwohner jährlich eine Mindestabnahme von 120 Kubikmeter zu bezahlen, in Seefeld oder St. Anton seien es jährlich 100. Bereits 2023 hat die Liste Fritz die Mindestabnahme-Pauschalen beim Wasserverbrauch zum Thema im Landtag gemacht. Laut Beantwortung der Landtagsanfrage sind Mindestabnahme-Pauschalen grundsätzlich erlaubt – aber sie müssen verhältnismäßig sein und dürfen nicht zur Abzocke führen, so Sint. Die Liste Fritz fordert daher die Landesregierung auf, die Höhe der Mindestabnahme-Pauschalen in den Tiroler Gemeinden auf ihre Verhältnismäßigkeit hin zu überprüfen. „Wir sind dagegen, dass die Gemeindebürger abgezockt und als Melkkuh missbraucht werden“, erklärt Markus Sint.

**ANSATZ ST. ANTONS.** Bgm. Helmut Mall, dessen Gemeinderat die Gebühren beschließt, die von der gemeindeeigenen EWA GmbH dann vorgeschrieben werden, sieht diese Frage anders: „Wir haben X Freizeitwohnsitze mit 30 Kubikmetern Verbrauch“ – und auch diese sollen eben zur Kasse gebracht werden, da sie zum insgesamt „Riesenaufwand“ der Gemeinde im Wasser-Abwasser-Bereich beitragen. Markus Sint lässt dies nicht gelten: „Aus einigen Tourismusge-

meinden kommt als Argument für die hohe Mindestabnahme-Pauschalen beim Wasser, dass man auch die vielen Freizeitwohnsitzer zur Kasse bitten wolle. Gut gemeint, schlecht getroffen. Denn letztlich zahlt die einheimische Bevölkerung die Zeche. Wieder einmal haben die Einheimischen so handfeste Nachteile wegen Freizeitwohnsitzen in Tirol“, stellt der Liste-Fritz-Klubobmann fest. Bgm. Helmut Mall hat ein Gegenargument: Sollten Notfälle vorliegen kann man sich an die Gemeinde wenden: „Wenn es jemand braucht, kann er jederzeit zur Gemeinde kommen.“ Die Gemeinde prüfe das Ansinnen und werde gegebenenfalls entgegenkommen. Das Motto lautet wohl: Ein Freizeitwohnsitzbesitzer kann kein finanzieller Sonderfall sein, ein einheimischer Mindestpensionist z. B. hingegen ist einer und kann daher mit einer Reduktion der Rechnung rechnen. Für GR Bettina Tschol ist dieser Weg aber „nicht transparent und nicht fair“. In puncto der kritisierten Ungleichbehandlung mancher Wohnanlage sagt der Dorfchef: „Wir sind dabei, das zu erheben.“

## In die Rosanna gestürzt

(dgh) Am 28. April gegen 14 Uhr war ein 30-jähriger deutscher Mitarbeiter einer Baufirma am Matrielweg in Strengen mit Befestigungs- und Bepflanzungsarbeiten beschäftigt. Dabei rutschte er im steilen Gelände auf einem Stück Holz aus und stürzte ca. 4 Meter in das Bachbett der Rosanna. Dabei zog sich der Arbeiter im Bereich des linken Unterschenkels Verletzungen unbestimmten Grades zu. Aufgrund des unwegamen Geländes musste der Verletzte durch die Feuerwehr mittels Kran geborgen werden. Nach der Ersterversorgung am Unfallort wurde der Mann mit der Rettung ins Krankenhaus in Zams überstellt.

### GEMEINDE FLIRSCH

Bezirk Landeck, 6572 Flirsch 109

Tel. 05447/5217

gemeinde@flirsch.gv.at



### STELLENAUSSCHREIBUNG

Bei der Gemeinde Flirsch gelangt die Stelle einer(s)

## VERWALTUNGSBEDIENTETEN

für das Gemeindeamt Flirsch zur Besetzung.

### Beschäftigungsausmaß, Arbeitsbeginn

Das Beschäftigungsausmaß beträgt 100 % der Vollbeschäftigung, das sind 40 Wochenstunden. Die Anstellung erfolgt ab 01.07.2025.

Eine Teilzeitbeschäftigung im Ausmaß von mindestens 60 %, das sind 24 Wochenstunden, wäre bis 31.12.2026 vorstellbar.

### Aufgabebereich

Zum Aufgabebereich zählen alle in der Gemeindeverwaltung anfallenden administrativen Tätigkeiten, Vor- und Aufbereitung von Gemeinderats- und Vorstandssitzungen sowie Umsetzung der Beschlüsse, die Abwicklung des Bau- und Raumordnungsverfahrens, Meldewesen, Organisation und Durchführung von Wahlen, Volksbegehren udgl.

### Anstellungsvoraussetzungen

- Einwandfreier Leumund
- Persönliche und fachliche Eignung
- abgeleiteter Präsenz- oder Zivildienst (bei männlichen Bewerbern)

### Erwartete Eigenschaften

- eigenständiges und serviceorientiertes Arbeiten
- gutes, sicheres und freundliches Auftreten
- Kontaktfähigkeit und Geschick im Umgang mit Menschen
- Belastbarkeit und Flexibilität
- gute EDV Kenntnisse

Die Anstellung erfolgt nach dem Tiroler Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012, Entlohnungsgruppe c. Das Mindestentgelt beträgt derzeit monatlich € 2.835,10 brutto bei Vollbeschäftigung. Dieses Entgelt kann durch Anrechnung von Vordienstzeiten noch angepasst werden. Bei entsprechender Qualifikation ist auch eine Überzahlung möglich. Die Vergabe der Stelle erfolgt nach freiem Ermessen des Gemeinderates.

Schriftliche Bewerbungen samt Unterlagen (Lebenslauf, Schul- und Dienstzeugnisse, Geburtsurkunde, Nachweise Staatsbürgerschaft usw.) sind bis spätestens 30. Mai 2025 beim Gemeindeamt, Flirsch 109, 6572 Flirsch gerne auch per Mail (gemeinde@flirsch.gv.at) einzubringen.

Für die Gemeinde Flirsch  
Der Bürgermeister: Roland Wechner

# Ein Hoch auf Fritz Dinkhauser

Eine politische und sportliche Größe aus Tirol feiert seinen 85. Geburtstag

Leichtathletik-Meister, Teilnehmer an den Olympischen Winterspielen und AK-Präsident: Fritz Dinkhauser ist eine Größe im Land Tirol mit vielen Facetten. Seine Stimme und sein Wirken im Kampf für die soziale Gerechtigkeit und als politischer Mahner sind weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Zu seinem 85. Geburtstag gab es ein Ständchen und viele Glückwünsche.

## Gratulation

Zum 85. Geburtstag von Fritz Dinkhauser kamen gleich vier Landeshauptleute und ein Arbeiterkammer-Präsident zusammen: Der amtierende Landeshauptmann Anton Mattle, seine Vorgänger Günther Platter, Herwig van Staa und Wendelin Weingartner sowie Dinkhausers Nachfolger in der Tiroler Arbeiterkammer Erwin Zangerl ließen den Jubilar hochleben. Obwohl man in der Vergangenheit nicht immer einer



**Heidi und Fritz Dinkhauser und Andrea Haselwanter-Schneider**

Meinung war, war das Treffen in der Villa Blanca von einem unterhaltsamen Blick in die gemeinsame Vergangenheit geprägt. Ein musikalisches Ständchen der Mühlauer Sänger durfte ebenso wenig fehlen wie die herzlichen Glückwünsche an den Jubilar.

## Eine Größe

Als langjähriger Arbeiterkammerpräsident und Gründer der Liste Fritz prägte Dinkhauser über viele Jahre das politische und gesellschaftliche Leben in Tirol mit.



**Jubilär Fritz Dinkhauser mit seiner besonderen Gästeschar** Fotos: Liste Fritz

Dinkhauser war nicht nur politisch aktiv, sondern auch sportlich sehr erfolgreich. In seiner Jugend wurde er mehrfach österreichischer Leichtathletik-Meister und nahm als Bobfahrer an den Olympischen Winterspielen 1968 in Grenoble teil. In einem Rückblick auf sein Leben zeigte sich Dinkhauser selbst bescheiden: „Ohne meine Frau Heidi hätte ich das alles nicht geschafft. Es ist wunderbar, wenn man nach Hause kommt und Unterstützung erfährt“.

# Pflege-Protest wird in den Wind geschossen

Land lehnt im Streit um Gehaltssysteme in Gesundheitsberufen neues Optionsfenster endgültig ab. Gesetzliche Überführung bleibt fraglich, Liste Fritz fordert Dialog.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Vor gut einem Monat gaben Betriebsräte der Tirol Kliniken, Bezirkskrankenhäuser und Altenheime im Landhaus ein Paket für Landeshauptmann Anton Mattle und Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (beide VP) ab. **Der Inhalt:** an die 4000 Protest-Unterschriften von Bediensteten in Gesundheitsberufen. Allen voran dem weiten Bereich der Pflege. **Der Anlass:** Mit der jüngsten Gehaltsreform fühlen sich insbesondere jene benachteiligt, die noch im Gehaltsschema „Alt“ integriert sind. Denn ein Großteil der finanziellen und dienstlichen Verbesserungen trifft, wie berichtet, nur auf das neue System zu. **Die Hauptforderung:** eine Angleichung der beiden Gehaltssysteme. Am einfachsten über eine „gesetzliche Überführung“. Wenn nicht, sollten Mattle

„Eine neuerliche Möglichkeit des Optierens in das Gehaltssystem ‚Neu‘ wäre weder system- noch sachgerecht.“

Anton Mattle  
(LH und Finanzreferent; VP)

und Hagele zumindest das Optionsfenster erneut öffnen.

Letzterem erteilt Mattle nun eine klare und definitive Absage. Das geht aus einer Landtags-Anfragebeantwortung an die Liste Fritz hervor. Mattle verweist darauf, dass sämtliche Landesbediensteten im Altsystem – unabhängig davon, ob sie in Verwaltungs- oder Gesundheitsberufen eingesetzt sind – im Zuge der Besoldungsreformen der letzten Jahren die Möglichkeit erhalten hatten, ins Neusystem zu optieren. Dieses Fenster neuerlich zu öffnen, sei „weder system- noch sachgerecht“. Darüber

hinaus sei auch mit der Evaluierung der Pflegegehälter 2024 „auf zahlreiche Forderungen im Gesundheitsbereich reagiert“ worden. Für die in der Evaluierung ermittelten Berufsgruppen habe somit eine Verbesserung stattgefunden, bleibt Mattle hart.

Für Liste-Fritz-Obfrau Andrea Haselwanter-Schneider ist Mattles Antwort wenig überraschend nicht zufriedenstellend, zumal Hagele

„Die Landesregierung hat mit dieser Gehaltsreform einen Keil in die Berufsgruppen hineingetrieben.“

Andrea Haselwanter-Schneider  
(Liste-Fritz-Obfrau)

zuletzt einen gewissen Verhandlungsspielraum habe durchblicken lassen: „Das ist unanständig. Mattle macht nun unmissverständlich klar, dass hier das letzte Wort gesprochen ist.“ Für die Liste Fritz blieben die Mitarbeiter in den Gesundheitsberufen „enttäuscht und frustriert“ zurück: „Die Gehaltsreform hat einen Keil in die Berufsgruppen hineingetrieben.“ Haselwanter-Schneider fordert von Mattle und Hagele weiter den Dialog ein, um die Ungleichbehandlungen zu beseitigen.

Während das Optionsfenster also vom Land abgelehnt wird, bleibt offen, ob eine gesetzliche Überführung angedacht wird. Derart wäre in den Gesundheitsberufen die kritisierte „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ hinsichtlich der Entlohnung mit einem Schlag zu Ende. Zuletzt wurde eine derartige Vorgehensweise ab 1. April dieses Jahres beim „handwerklichen Dienst“ im Land angewandt. Die Betriebsräte fordern dies nun analog ein. Aus dem Landhaus gibt es hierzu allerdings bis dato noch keine Antwort.



Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele und Landeshauptmann Anton Mattle (beide VP) bleiben im Pflege-Gehaltsstreit weiter hart. Foto: Falk

## Pflege-Protest wird in den Wind geschossen

Land lehnt im Streit um Gehaltssysteme in Gesundheitsberufen neues Optionsfenster endgültig ab. Gesetzliche Überführung bleibt fraglich, Liste Fritz fordert Dialog.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Vor gut einem Monat gaben Betriebsräte der Tiroler Kliniken, Bezirkskrankenhäuser und Altenheime im Landhaus ein Paket für Landeshauptmann Anton Mattle und Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (beide VP) ab. **Der Inhalt:** an die 4000 Protest-Unterschriften von Bediensteten in Gesundheitsberufen. Allen voran dem weiten Bereich der Pflege. **Der Anlass:** Mit der jüngsten Gehaltsreform fühlen sich insbesondere jene benachteiligt, die noch im Gehaltsschema „Alt“ integriert sind. Denn ein Großteil der finanziellen und dienstlichen Verbesserungen trifft, wie berichtet, nur auf das neue System zu. **Die Hauptforderung:** eine Angleichung der beiden Gehaltssysteme. Am einfachsten über eine „gesetzliche Überführung“. Wenn nicht, sollten Mattle

„Eine neuerliche Möglichkeit des Optierens in das Gehaltssystem, Neu wäre weder system- noch sachgerecht.“

Anton Mattle (LH und Finanzreferent; VP)

und Hagele zumindest das Optionsfenster erneut öffnen. Letzterem erteilt Mattle nun eine klare und definitive Absage. Das geht aus einer Landtags-Anfragebeantwortung an die Liste Fritz hervor. Mattle verweist darauf, dass sämtliche Landesbediensteten im Altsystem – unabhängig davon, ob sie in Verwaltungs- oder Gesundheitsberufen eingesetzt sind – im Zuge der Besoldungsreformen der letzten Jahre die Möglichkeit erhalten hatten, ins Neusystem zu optieren. Dieses Fenster neuerlich zu öffnen, sei „weder system- noch sachgerecht“. Darüber

hinaus sei auch mit der Evaluierung der Pflegegehälter 2024 „auf zahlreiche Forderungen im Gesundheitsbereich reagiert“ worden. Für die in der Evaluierung ermittelten Berufsgruppen habe somit eine Verbesserung stattgefunden, bleibt Mattle hart.

Für Liste-Fritz-Obfrau Andrea Haselwanter-Schneider ist Mattles Antwort wenig überraschend nicht zufriedenstellend, zumal Hagele

„Die Landesregierung hat mit dieser Gehaltsreform einen Keil in die Berufsgruppen hineingetrieben.“

Andrea Haselwanter-Schneider (Liste-Fritz-Obfrau)

zuletzt einen gewissen Verhandlungsspielraum habe durchblicken lassen: „Das ist unanständig. Mattle macht nun unmissverständlich klar, dass hier das letzte Wort gesprochen ist.“ Für die Liste Fritz blieben die Mitarbeiter in den Gesundheitsberufen „enttäuscht und frustriert“ zurück: „Die Gehaltsreform hat einen Keil in die Berufsgruppen hineingetrieben.“ Haselwanter-Schneider fordert von Mattle und Hagele weiter den Dialog ein, um die Ungleichbehandlungen zu beseitigen.

Während das Optionsfenster also vom Land abgelehnt wird, bleibt offen, ob eine gesetzliche Überführung angedacht wird. Derart wäre in den Gesundheitsberufen die kritisierte „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ hinsichtlich der Entlohnung mit einem Schlag zu Ende. Zuletzt wurde eine derartige Vorgehensweise ab 1. April dieses Jahres beim „handwerklichen Dienst“ im Land angewandt. Die Betriebsräte fordern dies nun analog ein. Aus dem Landhaus gibt es hierzu allerdings bis dato noch keine Antwort.

## Obleute müssen gehen, Beben in der Wirtschaftskammer

Bezirkskammerchefs werden ausgetauscht und konfliktbeladener Wechsel in der Geschäftsstelle Kufstein. Massiver Unmut über Kammerführung.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Offiziell wird beschönigt: „In der Tiroler Wirtschaftskammer gibt es vielmehr Aufbruchsstimmung, es gibt neue Ziele zu erreichen und Herausforderungen zu meistern. Um den Auftrag der Tiroler Unternehmerinnen und Unternehmer zu erfüllen“, betont Präsidentin Barbara Thaler (VP). Nachsatz: Nach der Wirtschaftskammerwahl stelle sie ihre Teams neu zusammen.

Montagabend ging aber schon eine Alarmmeldung an die führenden Funktionäre hinaus, ein Anfrage der TT versetzte Thaler und Co. in helle Aufregung. Dass unliebsame Funktionäre ausgetauscht werden sollen, die im Februar 2024 ÖVP-Wirtschaftslandesrat Mario Gerber bei der ÖVP-Wirtschaftsbundwahl unterstützt haben, weist die Wirtschaftslandeschefin und ÖVP-Obmannstellvertreterin Barbara Thaler entschieden zurück. „Das stimmt einfach nicht.“

### Große Aufregung in Kufstein

In der Kufsteiner Kammer herrscht jedenfalls große Aufregung, ein neuer Bezirksstellenleiter wird gesucht. Warum? „Weil es grundlegende und längerfristig nicht lösbare Unterschiede in den Vorstellungen über die Zusammenarbeit zwischen Peter Wachter und der Kammerführung gab“, wie es in einer Stellungnahme von Kammerdirektorin Evelyn Geiger-Anker heißt. Eine Kündigung des Bezirksstellenleiters oder der Kammer liegt derzeit noch nicht vor. „Stattdessen wird in einer vereinbarten Orientierungsphase versucht, ein Einvernehmen zu erreichen. Das



Die Kammerwahl wurde im März geschlagen, jetzt rühren Präsidentin Barbara Thaler und Kammerdirektorin Evelyn Geiger-Anker in der Organisation der Interessenvertretung kräftig um. Foto: Rita Falk

Arbeitsverhältnis ist daher formal weiterhin aufrecht.“

Die Vorgangsweise von Thaler und Geiger-Anker stößt jedoch vielen sauer auf. Auch dem durchaus streitbaren Bezirkskammerobmann Manfred Hautz. Doch der ist bereits Geschichte. „Ich habe Hautz mitgeteilt, dass er nicht mehr für den Kammerausschuss nominiert wird“, sagt Thaler. Dessen Kitzbüheler Kollege und Landtagsabgeordneter Peter Seiwald soll ebenfalls gehen. „Wir sind noch in Gesprächen“, beschreibt die Kammerpräsidentin den aktuellen Beziehungsstatus zu Seiwald. Seine Ablöse ist jedoch fix, wie Seiwald bestätigt.

Vom Wirtschaftsbund wurden Hautz und Seiwald allerdings erneut als Bezirksobleute vorgeschlagen. Thaler lässt aber keine Zweifel daran, dass für sie einzig und allein das Wirtschaftskammergesetz bei der Besetzung der Funktionen zählt. Kurz noch zurück zur



Foto: Rita Falk

„Dicke Luft? Bei uns herrscht Aufbruchsstimmung, ich stelle aber meine Teams neu zusammen.“

Barbara Thaler/ÖVP (Wirtschaftskammerpräsidentin)

Bezirksstelle Kufstein: Dem langjährigen Noch-Bezirksstellenleiter Peter Wachter sei seine Loyalität zu Noch-Obmann Manfred Hautz zum Verhängnis geworden, heißt es. Hautz will um seine Funktion kämpfen. „Ich werde mich mit meinen Ausschussmitgliedern beraten.“ Seiwald

stößt in dasselbe Horn: „Das lassen wir uns nicht gefallen.“ Offen spricht er von einer Retourkutsche Thalers, weil er im Wirtschaftsverband Mario Gerber unterstützt hat.

In Innsbruck läuft die Obmannschaft von Franz Jirka aus. Spekulationen ranken sich genauso um die Zukunft von Landecks Bezirksobmann Michael Gitterle. Doch hier winkt Thaler kategorisch ab. „Michael Gitterle steht nicht zur Diskussion.“ Ex-Nationalrätin Rebecca Kirchbaumer musste ihren Sessel als Obfrau der Sparte Transport und Verkehr schon räumen, sie könnte jedoch neue Obfrau in Innsbruck-Land werden.

Von guter Stimmung ist die Kammer letztlich meilenweit entfernt. Hat Thaler den Bogen überspannt? Denn die Kammerquerelen breiten sich auch auf den Wirtschaftsverband aus. Seit Montagabend herrscht im Wirtschaftsflügel der ÖVP Alarmstufe Rot.

### Politik in Kürze

## FP will keine Orden mehr für Berufspolitiker

Heute bzw. morgen stimmt der Landtag über die Verleihung der höchsten Auszeichnung an Alt-Landeshauptmann **Günther Platter** ab. Aus den Oppositionsreihen wird es eine Zustimmung geben, nämlich von den NEOS. **Birgit Obermüller** unterstützt wegen Platters langjähriger Verdienste – auch als Minister – den Ring des Landes für den VP-Politiker, **Susanna Riedlspurger** ist wie die 13 Abgeordneten von FPÖ, Liste Fritz und Grünen dagegen. Für FPÖ-Chef **Markus Abwerzger** zeigt die Diskussion deutlich, dass die Verleihung von Ehrenzeichen und insbesondere der Automatismus nicht mehr zeitgemäß sind. „Deshalb werden wir einen Antrag auf Abschaffung von Ehrenzeichen für Berufspolitiker einbringen. Das Ehrenamt ge-



Wohlgemuth unterstützt das Kopftuchverbot für Mädchen. Foto: Rita Falk

hört gestärkt und deswegen sollten Ehrungen nur noch für Personen angedacht werden, die sich ehrenamtlich in den Dienst der Gesellschaft stellen.“ Die derzeit stattfindende Debatte sei nur noch penibel und gehe an den Interessen der Gesellschaft sowie an deren Problemen vorbei. „Die höchste Aus-

zeichnung eines Politikers sollte immer noch sein Ansehen in der Bevölkerung, während und nach seiner aktiven Zeit, sein und nicht irgendeine Medaille, die ihm ein Parteifreund umhängt.“

Integrationsreferent und Landeshauptmannstellvertreter **Philip Wohlgemuth** (SPÖ) spricht sich klar für die geplante bundesweite Regelung zum Kopftuchverbot bei minderjährigen Mädchen unter 14 Jahren aus. „Es geht hier nicht um ein Verbot religiöser Symbole an sich, sondern um den Schutz von Kindern. Mädchen sollen frei und unbeschwert aufwachsen können – ohne frühzeitigen religiösen oder gesellschaftlichen Druck“, betont Wohlgemuth.

### Für Kopftuchverbot

Mit dieser Maßnahme setzt die Regierung laut Wohlgemuth ein klares Zeichen für das Kindeswohl. „Die Schule sollte ein Ort der Offenheit, Chancengleichheit und Selbstbestimmung sein. Die Maßnahme müsse allerdings im Rahmen rechtsstaatlicher Prinzipien und in enger Abstimmung mit ExpertInnen erfolgen. (pn)

# FP will keine Orden mehr für Berufspolitiker

Heute bzw. morgen stimmt der Landtag über die Verleihung der höchsten Auszeichnung an Alt-Landeshauptmann **Günther Platter** ab. Aus den Oppositionsreihen wird es eine Zustimmung geben, nämlich von den NEOS. **Birgit Obermüller** unterstützt wegen Platters langjähriger Verdienste – auch als Minister – den Ring des Landes für den VP-Politiker, **Susanna Riedlsperger** ist wie die 13 Abgeordneten von FPÖ, Liste Fritz und Grünen dagegen. Für FPÖ-Chef **Markus Abwerzger** zeigt die Diskussion deutlich, dass die Verleihung von Ehrenzeichen und insbesondere der Automatismus nicht mehr zeitgemäß sind. „Deshalb werden wir einen Antrag auf Abschaffung von Ehrenzeichen für Berufspolitiker einbringen. Das Ehrenamt ge-



Wohlgemuth unterstützt das Kopftuchverbot für Mädchen.

Foto: Rita Falk

hört gestärkt und deswegen sollten Ehrungen nur noch für Personen angedacht werden, die sich ehrenamtlich in den Dienst der Gesellschaft stellen.“ Die derzeit stattfindende Debatte sei nur noch peinlich und gehe an den Interessen der Gesellschaft sowie an deren Problemen vorbei. „Die höchste Aus-

zeichnung eines Politikers sollte immer noch sein Ansehen in der Bevölkerung, während und nach seiner aktiven Zeit, sein und nicht irgendeine Medaille, die ihm ein Parteifreund umhängt.“

Integrationsreferent und Landeshauptmannstellvertreter **Philip Wohlge-**

**muth** (SPÖ) spricht sich klar für die geplante bundesweite Regelung zum Kopftuchverbot bei minderjährigen Mädchen unter 14 Jahren aus. „Es geht hier nicht um ein Verbot religiöser Symbole an sich, sondern um den Schutz von Kindern. Mädchen sollen frei und unbeschwert aufwachsen können – ohne frühzeitigen religiösen oder gesellschaftlichen Druck“, betont Wohlgemuth.

## Für Kopftuchverbot

Mit dieser Maßnahme setzt die Regierung laut Wohlgemuth ein klares Zeichen für das Kindeswohl. „Die Schule sollte ein Ort der Offenheit, Chancengleichheit und Selbstbestimmung sein. Die Maßnahme müsse allerdings im Rahmen rechtsstaatlicher Prinzipien und in enger Abstimmung mit ExpertInnen erfolgen. (pn)

## Kommentar

# Ein Ehrenring ist kein Abschlusszeugnis

*Natürlich darf man diskutieren, ob Orden und dergleichen noch zeitgemäß sind. Aber dann bitte grundsätzlich – und nicht als Einzelfallentscheidung wie beim Ehrenring für Alt-Landeshauptmann Günther Platter.*

Von Matthias Krapf

Es ist legitim, eine Auszeichnung für hochrangige ehemalige Politiker kritisch zu sehen. Sie werden gut bezahlt und erfahren neben viel Gegenwind, der zuweilen ungeachtet der Parteizugehörigkeit immer öfter in Hass und Häme ausartet, ja durchaus auch Wertschätzung. Im Amt und auch danach. Politisches Kleingeld sollte man damit deshalb jedoch noch lange nicht wechseln. Das ist aber genau, was im vorliegenden Fall geschieht.

Die Grünen zaubern mit Fritz Dinkhauser eine Art Gegenkandidaten aus dem Hut, als

wäre eine solche Auszeichnung ein Amt, in das man gewählt wird. Liste Fritz und Freiheitliche wollen Platter die Ehre aus grundsätzlichen Erwägungen verwehren. Die FPÖ bleibt zudem ihrer durchsichtigen Linie treu und nutzt die Corona-Politik als Munition.

Die Kritiker verwechseln hier offensichtlich eine Ehrung mit einer Leistungsbeurteilung. Ein Ehrenring ist weder Abschlusszeugnis noch Auszeichnung für perfektes Handeln. Er würdigt langjähriges Engagement für das Land – unabhängig von einzelnen politischen Entscheidungen. Dass dabei auch Fehler passieren, liegt in der Natur der Sache. Salopp gesagt: 14 Jahre Landes-

hauptmann werden ja hoffentlich gerade noch reichen. Zumal alle Vorgänger Platters seit Alois Partl den Ring ebenfalls erhalten haben. Wenn es der Politik ein Anliegen ist, dann soll sie öfter auch Nicht-Politiker und mehr Frauen mit den höchsten Ehren würdigen. Was hindert sie daran?

Natürlich darf man auch diskutieren, ob Orden und dergleichen überhaupt noch zeitgemäß sind. Aber dann bitte grundsätzlich – und nicht als Einzelfallentscheidung mit selektiver Empörung. Die obendrein ziemlich scheinheilig daherkommt.

Die grundlegende Frage, die es zu klären gälte, lautet: Wer soll Auszeichnungen

bekommen und warum? In einem Land, in dem ja nicht nur Landeshauptmänner und Ministerinnen, sondern auch kleinere Kaliber mit Abzeichen, Medaillen, Ehrennadeln etc. bedacht werden, kann man bei dem Vorhaben nur viel Glück wünschen. Orden wird's dafür eher keinen geben.

Lesen Sie dazu mehr  
auf Seite 4

matthias.krapf@tt.com



# Grüne auf Krawall gebürstet

Grün-Klubobmann Gebi Mair auf Konfrontationskurs mit einstigem Koalitionspartner ÖVP:

Für Zustimmung zu Ehrung von LH a. D. Günther Platter wollte er offenbar Deal eingehen.

**M**it einer Reihe widerborstiger Anfragen will **Grünen-Chef Gebi Mair** im morgen startenden Mai-Landtag punkten: „Inserate in den Medien des Bauernbundes“, „Amigo-Wirtschaft bei Kindergartebau in Umhausen“, „Welche Quellen im Oberen Gericht sind durch das Kraftwerk GKI versiegt?“, „Weitere Ungereimtheiten in der Tourismusabteilung“ lauten die gar garstig klingenden Titel seiner grünen Anfragen.

Noch mehr Unmut vonseiten der ÖVP zog er sich aber mit seiner Initiative gegen die Verleihung des Ehrenringes des Landes Tirol an **LH a. D. Günther Platter** zu. Man möge doch stattdessen lieber **Fritz Dinkhauser** ehren, den Ex-AK-Präsident und Gründer der Liste Fritz, der vor kurzem seinen 85er feierte und sich zeitlebens sozial engagierte. Mit seiner Haltung in der Causa Agrargemeinschaften habe er zudem „das

Land mit Demokratie durchlüftet“. „So wie ich Günther Platter kenne, würde er Fritz Dinkhauser als Ehrenringträger ohne eine Sekunde nachzudenken den Vortritt überlassen“, sagte Mair. Die Landtagssitzung dazu wird nicht öffentlich sein.

Mit Unverständnis reagiert **ÖVP-Klubobmann Jakob Wolf**: „Für Mair ist die Auszeichnung verdienter Persönlichkeiten reine Verhandlungsmasse. In den Gesprächen mit mir wollte er eine Zustimmung der Grünen zur Verleihung des Ehrenrings an Günther Platter erpressen, indem er grüne ideologische Inhalte durchbringen wollte. Ich habe ihm unmissverständlich mitgeteilt, dass darüber nicht verhandelt wird. Entweder Günther Platter hat für die Grünen, die fast zehn Jahre als sein Regierungspartner die gute Arbeit mitgetragen haben, eine Ehrung verdient oder eben nicht“. Persönlich halte er das Vorgehen von



PHILIPP NEUNER

## Tiroler Politik kurz notiert

Mair „für peinlich und enttäuschend“. „Offenbar ist der grüne Klubobmann auf Rache aus, weil die ÖVP immer auf **Ingrid Felipe** als verlässliche Partnerin gesetzt und Gebi Mair nie den Sprung in ein Regierungsamt geschafft hat.“

### Kinderbetreuung: Von Leuchtturm keine Spur

Auftakt bildet am Mittwoch die Fragestunde: „Von der Vermittlung zur Verbitte- rung: Auf welche Verschlechterung müssen sich die Tirolerinnen und Tiroler in der Kinderbetreuung ein-

stellen?“ Initiator: ebenfalls die Grünen. Die Neos wollen von LH **Anton Mattle** wissen, „wann der Tiroler Förderdschungel endlich gelichtet wird“. Die Liste Fritz dürfte dazu interessante Zahlen präsentieren: „Jeden Tag eine Unternehmensinsolvenz – die Alarmglocken schrillen.“ Das Land solle Kleinbetrieben Hilfestellungen beim Abrufen der sehr unterschiedlichen und oftmals kaum durchschaubaren Förderungen zur Seite stellen. „Stopp des Familien- nachzuges“ (**VP-LA Appler** an **VP-LR Astrid Mair**) und „Gemeindefusionen: Ist-Stand und Ausblick“ (**FP-Chef Abwerzger** an LH Mattle) dürfte sich diesmal nicht mehr ausgeben.

Das Thema der Aktuellen Stunde lautet diesmal auf Antrag der FPÖ „Baulandmobilisierung versus Schutz des Grundrechts auf Eigentum“ und behandelt auch die jüngst in Innsbruck beschlossenen Bausperren.



Morgen Mittwoch startet der Mai-Landtag in Innsbruck. Den Auftakt bildet die Fragestunde an die Mitglieder der Regierung. Die Grünen stellen dabei das Recht auf Kinderbetreuung in den Fokus.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR TIROL

„Wir leben in faschistoider Zeit“  
Erika Pluhar kommt an den Achensee.  
Die Autorin im TT-Interview. Seite 12

Mit Preisen überhäuft  
Imma Steinlechners Tanzgruppe reißt  
das Publikum von den Sitzen. Seite 6

Dienstag, 06. Mai 2025 80. Jahrgang | Nummer 124

Preis € 2,50

## Verdient Platter den Ehrenring?

Opposition legt sich bei höchster Landesauszeichnung quer, einzig NEOS überlegen noch. VP und SP würdigen hingegen den Altlandeshauptmann.

**Innsbruck** – Mittwoch wollen ÖVP und SPÖ die Verleihung der höchsten Landesauszeichnung an Altlandeshauptmann Günther Platter (VP) im Landtag beschließen. Die Frage, ob sich Günther Platter die Auszeichnung verdient hat, beschäftigt allerdings im Vorfeld die Landespolitik. FPÖ, Liste Fritz und Grüne werden nämlich dagegenstimmen, die Grünen einen Abänderungsantrag einbringen und Ex-Arbeiterkammerpräsident Fritz Dinkhauser für den Ring des Landes vorschlagen. Die NEOS beraten noch.

Die Oppositionsparteien kritisieren vorrangig den Automatismus, Auszeichnungen bzw. Orden an Altpolitiker zu verleihen, die für ihre Ämter ohnehin bezahlt wurden. Zum anderen stoßen sie sich an den vielen Funktionen, die Platter seit seinem Rückzug Ende 2022 nach wie vor ausübt. „Dabei geht es aber nicht um seine Tätigkeit bei dem

von ihm gegründeten Netzwerk Tirol hilft“, betont Liste-Fritz-Parteiobfrau Andrea Haselwanter-Schneider. Sie wünscht sich „endlich mehr Frauen“ u. a. aus dem Sozialbereich für Ehrungen.

Platters öffentliche Funktionen als Aufsichtsratsvorsitzender in der Felbertauernstraßen AG, den Venet Bergbahnen oder der Tiroler Wohnbau lösen Debatten aus. Er wolle weiterhin politisch gestalten, merkt der grüne Klubchef Gebi Mair kritisch an. „Das alles passt dann nicht zusammen.“

VP-Klubchef Jakob Wolf verteidigt hingegen für die schwarz-rote Landesregierung Platters Ehrung. „Jeder Abgeordnete kann dazu seine höchstpersönliche Meinung haben. Für uns steht jedoch fest, dass Platter für seinen gesamten politischen Lebensbogen den Ehrenring verdient.“ (pn)

Mehr auf Seite 4



Markus Söder (CSU), der designierte Kanzler Friedrich Merz (CDU) und SPD-Co-Chef und künftiger Vizekanzler Lars Klingbeil besiegeln den unterzeichneten Koalitionsvertrag mit Händedruck. Foto: imago/Florian Gärtner, Lukas Beck, Axel Springer

## Neue Regierung besiegelt

**Berlin** – Zehn Wochen nach der Bundestagswahl in Deutschland haben die Union aus CDU und CSU sowie die SPD am Montag die fünfte schwarz-rote Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik fixiert. Friedrich Merz

(CDU), der heute im Bundestag zum Kanzler gewählt wird, versprach den Deutschen eine Wende zum Positiven.

Auf 144 Seiten haben Schwarz und Rot unter dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ aufgeschrie-

ben, was sie als Koalition erreichen wollen. Herausgekommen sind viele Kompromisse, alle Vorhaben stehen zudem unter Finanzierungsvorbehalt. (TT)

Mehr auf den Seiten 2, 3

## Betreuung: Hagele kontert

Gratis-Angebote bleiben bei Kinder-Rechtsanspruch aufrecht. Geld gibt es dafür aber keines.

**Innsbruck** – Die Kritik am schwarz-roten Prestige-Projekt, der Umsetzung eines „Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung“, war in den vergangenen Wochen immer lauter geworden – Innsbruck, Schwaz, Zams, ÖGB. Eine nach wie vor unklare Finanzierung und offene Projektdetails in den Pilotregionen sorgen für Unmut, die Befürchtung einer Nivellierung bestehender Angebote nach unten macht sich breit. Bildungslandesrätin Cornelia Hagele (VP) kam immer mehr unter Druck. Die Grünen thematisieren den Rechtsanspruch am Mittwoch im Landtag.

Gegenüber der TT kontert Hagele nun ihren Kritikern. Das erste und zweite Kindergartenjahr seien bereits gratis und würden dies auch bleiben. „Gemeinden, die ihr Betreuungsangebot [Anm. darüber hinaus] kostenlos anbieten wollen, können das auch mit dem Recht auf Kinderbildung und -betreuung tun.“ Zusätzliches Geld bekämen die Gemeinden hierfür vom Land aber keines. (mami)

Mehr auf Seite 4

## Wiens SPÖ hält an NEOS fest

**Wien** – Eine Woche nach der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl steht fest: Die Bundeshauptstadt dürfte auch in den kommenden fünf Jahren von einer rot-pinken Koalition regiert werden. Bürgermeister Michael Ludwig und seine SPÖ luden die Pinken zu Verhandlungen über eine Neuaufgabe der Zusammenarbeit ein.

Die Verhandlungen sollen heute starten und im besten Fall binnen drei Wochen abgeschlossen werden. (TT)

Mehr auf Seite 10



## Bär auf Futtersuche abgelichtet

In Sautens tappte ein Bär in eine Fotofalle, als er sich an einer Rehütterung unsanft bediente. Bei der Nachschau im Revier fiel zunächst der zerstörte Futterspender auf. Die Wildkamera zeigte rasch, dass der Anfangsverdacht berechtigt war. Die Bevölkerung ist gewarnt. Mehr auf Seite 19 Foto: Pichler

## Besetzung des Gazastreifens

**Jerusalem** – Die israelische Armee soll nach dem Willen der Regierung den Gazastreifen erobern und auf Dauer besetzt halten. Für die großangelegte Offensive werden Zehntausende Reservisten mobilisiert. Weiters beschloss das Sicherheitskabinett um Ministerpräsident Benjamin Netanjahu nach heftigen Debatten einen Plan, um die seit Wochen gestoppten Hilfslieferungen in den abgeriegelten Küstenstreifen wieder aufzunehmen. (TT)

Mehr auf Seite 9

Aufgeblättert

## Abgabepflichtig

Von Matthias Reichle

Was für eine Idee! An der Ostsee kassieren Touristiker nicht nur beim zweibeinigen Gast, auch sein bester Freund muss Kurtaxe zahlen. Und die ist zuletzt gestiegen – auf bis zu zwei Euro pro Nacht und Hund. Dass uns das nicht schon vor der letzten Wintersaison eingefallen ist! Was hätte man da alles besteuern können? Den Kater nach den Après-Ski-Exzessen, den Affen, zu dem sich der ein oder andere dabei gemacht hat, und natürlich den Vogel, den viele dabei abgeschossen haben. Und wer sich wie der Elefant im Porzellanladen aufführt, muss halt auf einen dicken Posten in der Abrechnung gefasst sein. Auch die Schnecke, die so oft am Weg in den Skurlaub am Steuer sitzt, wäre natürlich abgabepflichtig. Beim Schwein, das so mancher Sandalantourist auf dem Weg zum 3000er hat, könnte man diesen Sommer gleich zwei Mal zulangen. Denn am Ende müssen die Bergretter die Kuh wieder vom Eis holen – wetten? Die freuen sich sicher tierisch.

### WETTER

#### Weiterhin kühl.

Heute überwiegen weiterhin die dichten Wolken und die Sonne zeigt sich nur selten zwischendurch einmal. Im Tagesverlauf sind Regenschauer zu erwarten. Seite 26

7°  
12°

### WIRTSCHAFT

#### Schulden.

Mit durchschnittlich rund 55.000 Euro verschuldet waren die rund 4000 TirolerInnen, die im Vorjahr von der Schuldenberatung betreut wurden. Die wünscht sich mehr Personal, man sei am Anschlag. Seite 18

### SPORT

#### Ausgebootet.

Nach seiner Nichtberücksichtigung im ÖSV-Kader der kommenden Saison macht der Tiroler Biathlet Felix Leitner seinem Ärger lautstark Luft. Der Milser hätte nicht mit der Entscheidung gerechnet. Seite 29



Solist: Biathlet Felix Leitner fehlt im ÖSV-Kader. Foto: gepa/Bachun

### SO FINDEN SIE

Notdienste, Wohin heute ..... Seite 35  
Todesanzeigen ..... Seite 33  
Österreichische Post AG, TZ 022031607 T  
Schlüsselverlag J.S.Moser, Brunecker Straße 3,  
6020 Innsbruck; Retouren an PF 100, 1350 Wien



9 015480 002582 1 9

## Tiroler Tageszeitung TT-Club

Ihre TT-Club-Vorteile finden Sie wöchentlich in der TT am Sonntag oder online unter

club.tt.com





In Tirol soll das Rechtsanspruchsmodell des Kindergarten-Angebots auf neue Beine gestellt werden. Foto: APA/Hans Klaus Techt

## Gratis-Angebot bleibt, Nein für Zusatzbudget

Kinderbetreuung: Landesrätin Hagele (VP) geht nach massiver Kritik an Rechtsanspruchsmodell in Offensive: Tarifsystem wird „nachhaltig“, Absage an Co-Finanzierung.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Die schwarz-rote Landesregierung will mit dem „Rechtsanspruch auf Vermittlung eines Kinderbetreuungsplatzes“ österreichweit glänzen. Davon kann Bildungslandesrätin Cornelia Hagele (VP) derzeit aber wohl nur träumen. Denn das Leuchtturmprojekt von VP und SP hängt vor dem Start der sechs Pilotregionen im Herbst gehörig in den Seilen.

„Gemeinden, die eigenes Geld in die Hand nehmen, um kostenlose Angebote zu schaffen, werden das weiterhin tun können.“

Cornelia Hagele  
(Bildungslandesrätin; VP)

Wie berichtet, wurden in den vergangenen Wochen die kritischen Stimmen immer lauter. Auch die aus den Reihen des SP-Koalitionspartners. Dort sind es allen voran SP-BürgermeisterInnen, die ihre Gratis-Angebote im Bereich Kinderbetreuung durch das

geplante, einheitliche Tarifsysteem im Rechtsanspruchsmodell in Gefahr sehen. Vom Gemeindeverband wiederum wird darauf gepocht, dass die Umsetzung die kommunalen Geldbeutel nicht weiter belasten dürfe. Und auch in der technischen und praktischen Realisierung (Stichwort: Anmeldeplattform) sind derzeit noch viele Fragen ungeklärt.

Gegenüber der *TT* will nun Hagele offenkundig ihren Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen – nicht zuletzt haben die Grünen Hagele für die morgige Landtagssitzung am „Frage-Haken“. Hagele stellt deshalb zu folgenden Streitpunkten vorab klar:

**1 Gratis-Angebot:** In Tirol sind bereits zwei von drei Kindergartenjahren kostenlos – eines zahlt der Bund, das andere das Land. Nun forciert der Bund von sich aus das zweite verpflichtende Kindergartenjahr. Tirol habe großes Interesse daran, so Hagele. Kein Wunder, locken hier doch zusätzliche Fördermillionen. Dass einzelne Gemeinden darüber hinausgehende Gratis-Angebote in

der Kinderbetreuung offerieren, will die Landesrätin nicht abstellen, sagt sie jetzt: „Gemeinden, die ihr eigenes Geld in die Hand nehmen, um kostenlose Angebote zu schaffen, werden das selbstverständlich weiterhin tun können.“ Hageles folgenschwerer Nachsatz lautet aber, dass das Land hierfür kein zusätzliches Geld bereitstellen werde.

**2 Neues Tarifsysteem:** Offen ist nach wie vor, wie hoch die Tarife im Rechtsanspruchsmodell ausfallen werden. Dabei geht es sowohl um die Elternbeiträge als auch

„Deutschkenntnisse sind ein Muss, um im Bildungssystem weiterzukommen.“

Cornelia Hagele  
(Bildungslandesrätin, VP)

jene der Kommunen untereinander, sofern der Betreuungsplatz nicht in der Heimatgemeinde zu finden ist. Aktuell liefen die Gespräche mit dem Gemeindeverband und Interessenvertretungen privater Betreiber, so Hagele: „Mit Blick auf die Pilotphase im Herbst werden wir zeitgerecht einen gemeinsamen Vorstoß für ein nachhaltiges Tarifmodell vorlegen.“

**3 Sprach-Förderung:** Dass allein in Innsbruck rund 40 Prozent der Kindergartenkinder nicht muttersprachlich Deutsch können, nimmt Hagele zum Anlass, tirolweit die Sprachförderung zum Schwerpunkt zu machen: „Denn Deutsch zu sprechen ist der Schlüssel zu erfolgreicher Integration und die Voraussetzung, dass die Qualität an Tirols Schulen hoch bleibt.“ Hagele befürwortet deshalb den Ruf aus Wien, die „Sprachstandserhebung“ vor Schuleintritt auszuweiten. Und zwar bereits zu Beginn des vorletzten Kindergartenjahres. Dafür bräuchte es wohl aber zuerst das verpflichtende zweite Kindergartenjahr.

## Platters Ehrung löst Orden-Debatte aus

Kaum Frauen, zu viele Alt-Politiker: Opposition lehnt Ring des Landes für Platter ab und fordert Änderungen.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Hinter den Kulissen wird seit Tagen geredet und verhandelt: Schließlich soll am Mittwoch das Gesetz zur Verleihung des Rings des Landes an Landeshauptmann außer Dienst Günther Platter (VP) beschlossen werden. Die FPÖ hat mit ihrem Nein die Diskussion über Auszeichnungen für ehemalige hochrangige Politiker angestoßen. Als Grund führt FPÖ-Chef Markus Abwerzger darüber hinaus Platters Corona-Politik an.

Liste Fritz und Grüne lehnen die höchste Landesauszeichnung für Platter ebenfalls ab. Weil er aus ihrer Sicht politisch noch zu aktiv sei und noch dazu in mehreren Aufsichtsräten den Ton angebe. Die NEOS haben bisher keine endgültige Entscheidung getroffen, doch dort ist die Skepsis genauso groß, wie Klubobfrau Birgit Obermüller bestätigt.

Dass möglicherweise lediglich 21 von 36 Abgeordneten für Platters Ehrung stimmen, soll jedenfalls vermieden werden. Wenngleich ÖVP-Klubchef Jakob Wolf erklärt, „dass dies das legitime Recht eines jeden Mandatars ist“. Den Vorschlag des grünen Klubchefs Gebi Mair, statt Platter Ex-AK-Präsident Fritz Dinkhauser für dessen Lebenswerk

„Für seinen gesamten politischen Lebensbogen verdient Günther Platter den Ring des Landes.“

Jakob Wolf/ÖVP  
(Klubobmann)

„Man sollte davon abgehen, ausgedehnten politischen Auszeichnungen bzw. Orden zu verleihen.“

Andrea Haselwanter-Schneider  
(Liste Fritz)

auszuzeichnen, hält er für eine grüne Nebelgranate. „Für Gebi Mair ist die Auszeichnung verdienter Persönlichkeiten reine Verhandlungsmasse. In den Gesprächen mit mir wollte er eine Zustimmung der Grünen zur Verleihung erpressen, indem er grün-ideologische Inhalte durchbringen wollte. Ich habe ihm unmissverständlich mitgeteilt, dass hierüber nicht verhandelt wird.“

Von Erpressung könne keine Rede sein, kontert Mair. „Dass wir auf grüne Inhalte drängen wie Platters seinerzeitiges Versprechen für einen Naturpark Karwendel, darf man uns nicht zum Vorwurf machen.“

Bisher haben 36 Persönlichkeiten den Ring des Landes erhalten – darunter Platters Vor-

### Ehrenzeichen

**Ring des Landes:** Er ist die höchste Auszeichnung des Landes, die Verleihung erfolgt mit einem eigenen Landesgesetz.

**Weitere Ehrenzeichen:** Das Ehrenzeichen ist die zweithöchste Ehrung, gefolgt vom Verdienstkreuz und der Verdienstmedaille. Nicht in Tirol lebenden Persönlichkeiten kann der (große) Tiroler Adler-Orden in Gold und Silber verliehen werden. Dazu gibt es noch die Lebensretungsmedaille sowie weitere Ehrenzeichen (u.a. Sport).



Der Ring des Landes ist die höchste Ehrung. Foto: Thomas Böhm

gänger Alois Partl, Wendelin Weingartner und Herwig van Staa. Südtirols Alt-Landeshauptmann Luis Durnwalder erhielt ihn Ende 2013, als er noch Landeschef war. Weitere noch lebende Ring-TrägerInnen sind der Industrielle Arthur Thöni und Ingeborg Hochmair-Desoyer (MED-EL). Landeshauptleute und Landtagspräsidenten werden automatisch am Tag ihres Amtsantritts mit der zweithöchsten Auszeichnung, dem Ehrenzeichen, bedacht.

### Bisher nur drei Frauen

Neben Ingeborg Hochmair-Desoyer haben nur zwei weitere Frauen – die Ärztin und Ordensschwester Anna Dengel sowie Hilde Schwarzkopf (Plansewerke) – den Ring des Landes erhalten. Für Liste-Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider ist es deshalb höchst an der Zeit, endlich mehr Frauen zu ehren. „Generell, denn gerade im Sozialbereich leisten sie unschätzbare Arbeit.“



2013 hat Platter Südtirols LH Luis Durnwalder den Ring des Landes verliehen. Herwig van Staa (l.) ist ebenfalls Ehrenring-Träger. Foto: Thomas Böhm

### Politik in Kürze

## Neu angedockt, SVP bestätigt

Die gemeinnützige Wohnbaugesellschaft Tiroler Wohnbau – Alt-Landeshauptmann **Günther Platter** (VP) ist dort Aufsichtsratsvorsitzender und Ex-Finanzlandesrat **Christian Switak** (VP) Geschäftsführer – hat seit einigen Wochen einen neuen Verantwortlichen für die Kommunikation. Der ehemalige Social-Media-Beauftragte in der Tiroler VP für Platter und enge Mitarbeiter von Ex-Digitalisierungsstaatssekretär **Florian Tursky** in Wien, **Julian Angerer**, hat bei der Tiro-

ler Wohnbau angedockt. Angerer kandidierte übrigens auf Platz zehn von Turskys Liste „Das Neue Innsbruck“.



Die SVP stellt 102 BürgermeisterInnen in Südtirol. Foto: SVP

Bei den Südtiroler Bürgermeister- und Gemeindevahlen wurde die **Südtiroler Volkspartei** (SVP) als stärkste Kraft bestätigt. Die Sammelpartei wird in vorerst 102 der 111 Gemeinden, die am Sonntag gewählt haben, die Ortschefs stellen. In Bozen und der Kurstadt Meran erreichte kein Kandidat die nötige absolute Mehrheit, daher werden in zwei Wochen Stichwahlen abgehalten. Die Wahlbeteiligung sank von 65,5 auf 60 Prozent. (*TT, pm*)

### Sprachförderung: Reaktionen

**Ausgangslage:** Ein Bericht der Landesstatistik für das Kinderbetreuungsjahr 2024/25 weist für die Stadt Innsbruck einen Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in den Kindergärten von knapp 39 Prozent aus. Tirolweit liegt die Quote bei über 19 Prozent (von in Summe 22.559 betreuten Kindern). Elementarpädagoginnen kritisieren, dass für eine adäquate Sprachförderung Personal, Zeit und Finanzierung fehlen würden, die *TT* berichtete. Innsbrucks Vize-BM Elisabeth Mayr (SP) kritisiert die jüngsten Kürzungen durch das Land.

**Grüne:** Als „verantwortungslos“ bezeichnet Grünen-Bildungssprecherin Zeliha Arslan die

Sprachförder-Kürzung (Vereinheitlichung der Assistenz-Stundensätze tirolweit) für die Landeshauptstadt. Die Grünen fordern eine Rücknahme der Kürzung. Darüber hinaus gehörten die Förderrichtlinien gelockert. Dass FP-Gemeinderat Fabian Walch anlässlich der Deutschquote vor einem „Bevölkerungsaustausch“ warnte, verurteilt Arslan als klar „rassistische Wortmeldung“.

**NEOS:** Die aktuellen Personalprobleme in der Kinderbetreuung sind für NEOS-Klubobfrau Birgit Obermüller auch Auswüchse der wachsenden Herausforderungen in diesem Bereich. Das zweite Pflicht-Kindergartenjahr sei „überfällig“.

# „Sicherheitsproblem in Öffis“

Nach dem jüngsten Vorfall in einem Bus in Innsbruck sieht sich Liste-Fritz-GR Thomas Mayer bestätigt: „Habe davor gewarnt. Passiert ist aber nichts.“ Schützenhilfe erhält er von FPÖ.

Von einem Exhibitionisten belästigt wurde wie berichtet eine 14-Jährige in einem Bus in Innsbruck: Der Mann setzte sich in einem nahezu leeren Bus direkt ihr gegenüber und begann, Hand an sich zu legen. Das Mädchen blickte währenddessen durchgehend aufs Handy. Der Mann stieg zwei Haltestellen weiter aus. „Meine Tochter ist von dem Vorfall noch immer paralyisiert“, schilderte der Vater der „Krone“.

„Innsbruck ist keine Insel der Seligen. Sicherheitsprobleme in den Öffis sind Realität, keine Einbildung. Ich habe davor gewarnt – passiert ist nichts!“, zeigt sich GR Tom Mayer (Liste

**Bürgermeister Anzengruber erklärte bei einer Veranstaltung wörtlich: ‚Wozu dieser Antrag? Wir haben die sichersten Öffis Österreichs.‘ Woher diese Behauptung stammt, ist völlig unklar – die Realität spricht nämlich eine komplett andere Sprache.**

Liste-Fritz-Gemeinderat Thomas Mayer



Foto: Christof Birbaumer

Fritz) empört nach diesem Vorfall in einem Innsbrucker Linienbus.

Bereits im Jänner 2025 hatte Mayer gemeinsam mit Parteichefin GR und LA Andrea Haselwanter-Schneider einen Antrag im

Gemeinderat eingebracht, der ein umfassendes Sicherheitskonzept für Busse und Straßenbahnen forderte – samt Sicherheitspersonal, Schulungen, Videoüberwachung und Zusammenarbeit mit Polizei und MÜG: Die

Stadtregierung lehnte diesen Antrag mit Verweis auf die sichersten Öffis ab. Laut GR Mayer wäre ein Vorfall wie der aktuelle mit Sicherheitspersonal und präventiven Maßnahmen womöglich verhindert worden. „Andere Städte wie Augsburg, Duisburg, Bozen oder Salzburg hätten längst reagiert – nur Innsbruck verschließt weiter die Augen davor.“

„Innsbruck bekommt zusehends ein Sicherheitsproblem“, meinen FP-StR Markus Lassenberger und GR Fabian Walch: „Immer wieder wenden sich Bürger an uns, weil sie sich in Innsbruck immer unsicherer fühlen. Doch Caprese bleibt untätig.“

Philipp Neuner